

SOZIALE UNGLEICHHEIT IN DER KRISE ZU DIVERSITÄT UND INTERSEKTIONALITÄT IM KONTEXT DER GLOBALEN PANDEMIE

Stadtschlaining 01-04-2020

von Julia Scharinger

“Corona doesn’t know color” leuchtet es uns aus Instagram entgegen. Madonna liegt in der Badewanne mit Milch und Rosenblüten und sinniert darüber nach, wie Covid-19 uns alle gleich macht. Das mag zwar auf einem netten gemeinschaftlichen Gedanken basieren, allerdings birgt es dennoch die Gefahr, die Unterschiede von Ansteckungsrisiko, medizinischer Versorgung und sozio-ökonomischen Effekten während und nach der Pandemie zu verschleiern.

Wer mit stabiler Internetverbindung und Ruhe im eigens eingerichteten Home-Office – oder in der Badewanne – zu Hause sitzt, erlebt diese Krise anders, als jene, welche etwa alleinerziehend sind, im Einzelhandel tätig und/oder von rassistischen Sprechakten, Taten und Strukturen verfolgt werden. Sorge und Angst um Ansteckung, um Mitmenschen oder die individuelle und kollektive Zukunft mögen all diese Personen begleiten. Dennoch sind manche Menschen geringeren Risikofaktoren der Ansteckung und Weiterverbreitung ausgesetzt, können auf bessere ärztliche Versorgung zurückgreifen und haben mehr finanziellen Spielraum und Zugang zu Ressourcen als andere. Genauso werden manche Menschen von politischen Maßnahmen umfangreicher profitieren, während andere im schlimmsten Falle dem politischen Radar entgehen oder diesem zum weiteren Opfer fallen.

¹ Leider gibt es nur wenige Analysen auf diesem Gebiet, welche Geschlecht als Identität auffächern und z.B. Trans-Frauen mitdenken. Deshalb spreche ich im Folgenden hauptsächlich von Frauen und Männern – mit Bauchweh und der Vermutung, dass in zitierten Beispielen cis-Gender-Menschen in den Vordergrund von Untersuchungen gestellt wurden. Ich entscheide mich bewusst für die Begriffe von „Frauen“ und „Männern“, da ich niemandem diese

Der queer-feministische und postkoloniale Diskurs zeigen auf: unser gesellschaftliches System ist auf dem Konstrukt einer homogenen Gesellschaft aufgebaut – weiß, christlich sozialisiert, finanziell abgesichert, heterosexuell, männlich und cis-Gender – identifiziert sich also auch mit jenem Geschlecht, mit dem er geboren wurde. Wer von dieser Norm, diesem „Default-Menschen“ abweicht, etwa durch körperliche Gesundheit, Herkunftsland oder der Höhe des Einkommens, wird in relevanten Gremien und Entscheidungen, inklusive in Gesetzen, weniger oder erst später und als „Add-on“ mitbedacht.

Ein Beispiel für jene, welche dem politischen Radar in den letzten Wochen entgehen zu schienen, wenn es etwa um Ausgangsbeschränkungen, die Umstellung auf telefonische oder online-Beratung und Verschreibung von Rezepten durch Ärzt*innen geht, sind obdach- und wohnungslose Menschen. Nicht nur, dass sie nicht zu Hause bleiben können, sie sind in vielen Fällen von chronischen Krankheiten und einem generell unterdurchschnittlichen Gesundheitszustand betroffen. Auch der Zugang zu Hygieneartikel und zu medizinischer Versorgung ist schwieriger. Mit dem erhöhten Risiko für ältere Menschen und dem drastischen Anstieg an Altersarmut besonders unter Frauen¹ ergeben sich hier weitere Dimension der Betroffenheit. Das zeigt wie wichtig es ist in und außerhalb

Identitäten und Lebenserfahrungen abzusprechen möchte. Gleichzeitig verweise ich darauf, dass sich nicht alle Menschen in unserer Welt mit einer derartig binären Annahme zu Geschlecht identifizieren und queere Menschen meist noch drastischer von gesellschaftlichen Herausforderungen und Ungleichheiten betroffen sind.

von Krisenzeiten über das Konstrukt einer homogenen Gesellschaft hinauszudenken und dementsprechend zu handeln.

Während die besondere Situation von obdach- und wohnungslosen Menschen in dieser Krise nun auch langsam in öffentlichen Medien thematisiert wird, finden sogenannte systemrelevante Berufe, wie etwa Arbeiter*innen in Supermärkten, auf Transportwegen und Pflegepersonal, ebenfalls mehr Aufmerksamkeit. Auffallend ist, dass diese Berufs- und Personengruppen, welche derzeit als „neue Held*innen“ gefeiert werden, in vergangene Zeiten geringe gesellschaftliche Wertschätzung erfuhren. Löhne waren und sind unterdurchschnittlich, Arbeitsbedingungen prekär. Besonders betroffen sind Frauen, Migrant*innen, Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft und People of Color², welche einen Großteil dieser Arbeiten verrichten. Während ihre Berufe als neue Held*innen gelten, geraten die Menschen in ihren Arbeits- und Lebensbedingungen aber weiter unter Druck. Durch die Belastung des Systems durch die Krise werden die Arbeitsbedingungen hinsichtlich Überstunden und Gesundheitsrisiko noch prekärer. Die Corona-Zulage ist dabei nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein und definitiv keine strukturelle Veränderung.

So mögen Ausgangsbeschränkungen, das Schließen von Schulen und Betreuungseinrichtungen oder die Fokussierung der medizinischen Versorgung im Angesicht der Eindämmung einer Pandemie durchaus vernünftig sein. Doch wie wird der vermehrte Druck auf Familien und Frauen, die traditionell weiterhin einen Großteil der häuslichen und familiären Versorgungspflichten übernehmen, abgefangen? Und was passiert mit Frauen und ihren Familien aus osteuropäischen Nachbarländern, welche in Österreich den Großteil der 24-Stunden-Pflege stemmen und derzeit wesentlich dazu beitragen, dass dieses Pflegesystem noch nicht zusammengebrochen ist?

² Der Begriff People of Color ist eine Selbstbezeichnung aus dem Globalen Norden, um auf gemeinsame Rassismuserfahrungen aufgrund der Hautfarbe zu verweisen.

³ <https://www.unwomen.org/en/news/stories/2020/3/news-womens-needs-and-leadership-in-covid-19-response>
<https://www.theatlantic.com/international/archive/2020/03/feminism-womens-rights-coronavirus-covid19/608302/?fbclid=IwAR3iB52HWJC0oQds-U03TTXUxaurYrbAPd7ZWtwogCG76i0v16T0Zb7Tzyw>

⁴ <https://www.unwomen.org/en/news/stories/2020/3/news-checklist-for-covid-19-response-by-ded-regner>

⁵ <https://bettercarenetwork.org/sites/default/files/2020-03/vawg-helpdesk-284-covid-19-and-vawg.pdf>

Untersuchungen dazu, welche sozialen Auswirkungen Krisen – egal, ob von Mensch oder Natur ausgehend – zu beobachten sind, zeigen auf, dass sich die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen weiter erhöht³ und es zu einem erheblichen Anstieg an Gewalt in Partnerschaften, an sexueller und häuslicher Gewalt kommt⁴. Erste Untersuchungen und Medien-Reportagen zeigen ein alarmierendes multi-dimensionales Risiko auf: im Rahmen von Ausgehbeschränkungen, Angst und ökonomischen Stress haben sich die Anzeigen von häuslicher Gewalt in China verdreifacht⁵. Ein Frauenhaus in Jingzhou verzeichnet 90% aller eintreffenden Fälle im Zusammenhang mit der Pandemie⁶. In Italien häufen sich Meldungen an Gewalt im Gesundheitsbereich durch den Stress und die Frustration, welchen die Angehörigen von Patient*innen ausgesetzt sind und auf das Personal projizieren. Die meiste Gewalt hier fokussiert sich auf Frauen, welche in der Notaufnahme arbeiten, als Betreuer*innen zu Hause und in Altersheimen oder in psychiatrischen Einrichtungen. Auch die Zahl an rassistischen und sexistischen Angriffen auf der ganzen Welt steigt – sowohl online, als auch offline⁷. Die Lebensbedingungen von Flüchtlingen, etwa in Lesbos, verschlimmern sich noch mehr. Die Berichte reichen von sexuellen Übergriffen, Zwangsprostitution bis hin zum Rückzug von Humanitären Hilfseinrichtungen, da sie von lokalen rassistischen Gruppen bedroht werden⁸.

Auch in Österreich bereiten sich Einrichtungen, welche Unterstützung für Familien in Krisensituationen und/oder für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind, auf einen erheblichen Anstieg von Gewalt und Unterstützungsbedarf aufgrund der Krise vor⁹. Selbst das Innenministerium verweist darauf, dass die Frauenhelpline finanziell und personell gestärkt sowie die Online-Beratung ausgebaut werden sollen¹⁰. Dies passiert jedoch in einer Zeit, in der viele dieser Stellen gerade erst wiederaufgebaut

⁶ <http://www.sixthtone.com/news/1005253/domestic-violence-cases-surge-during-covid-19-epidemic>

⁷ <https://www.svri.org/svrinterest/impact-covid-19-pandemic-violence-against-women-and-girls>

⁸ <https://www.theguardian.com/global-development/2020/mar/11/lesbos-coronavirus-case-sparks-fears-for-refugee-camp-moria>

& <https://bettercarenetwork.org/sites/default/files/2020-03/vawg-helpdesk-284-covid-19-and-vawg.pdf>

⁹ Persönliche Kommunikation mit Personal

¹⁰ <https://www.oesterreich.gv.at/>

werden, nachdem sie von der vergangenen Regierung - sagen wir - „abgebaut“ wurden.

Es gibt noch viele weitere Aspekte von Identität welche uns ein größeres Verständnis für Lebenserfahrungen, Belastungen und Bedürfnisse unserer Mitmenschen aufzeigen können. Menschen, welche sich etwa als Teil der LGBTIQ+Gemeinschaft identifizieren, stehen schon in „normalen“ Zeiten vor erheblichen Barrieren medizinisch gut versorgt zu werden. Homophobie und Transphobie sind derzeit nicht nur hinsichtlich Hassäußerungen diverser religiöser Anführer ein Thema, sondern auch dann, wenn es um Ausgangsbeschränkungen und Heimunterricht geht. Wie können Kinder und Jugendliche in Notsituationen unterstützt werden, wenn ihre Eltern und Familien dies nicht tun?

Durch Aussagen von Trump & Co. werden auch verschiedenste Rassismen angezapft. Derzeit scheint jener besonders populär zu sein, welcher manche Menschen darauf schließen lässt, ihr Gegenüber käme aus Wuhan, China. Menschen, welche sich mit Sprache, dem Verständnis aller derzeitigen Verordnungen und Nachrichten schwertun, welche nicht die Zeit und Möglichkeit haben sich täglich mehrmals über Updates zu informieren, werden ebenfalls angefeindet und verhöhnt – Auffassungen von Klasse, Bildungsstand, körperlichen Normen, sprachlich und kulturellem Hintergrund schwingen hier mehr oder weniger offensichtlich mit.

Schmerz, Trauer und Frustration begleiten auch jene, welche mit körperlichen und entsprechend sozialen Einschränkungen und/oder chronischen Erkrankungen leben. Seit Jahren versuchen sie die Möglichkeit zum Home-Office zu nutzen oder soziales Bewusstsein für die Wichtigkeit von Hygiene und Sorgfalt zu schaffen. Erst in dieser Krise scheint das möglich zu werden. Dem Gefühl der Unsichtbarkeit, des Unwichtig-Seins oder „Mensch zweiter Klasse“-Seins auf struktureller Ebene hält dies nur wenig entgegen.

Verschiedene Organisationen, wie UN Woman¹¹, ICRC¹², UK Aid¹³ oder das European Disability Forum¹⁴ geben Berichte

¹¹ <https://www.unwomen.org/en/news/stories/2020/3/news-womens-needs-and-leadership-in-covid-19-response>

¹² https://www.icrc.org/en/document/covid-19-coronavirus-inclusive-programming?fbclid=IwAR2iN_T0p5bFV4Qyjr9UtvuXWNEPQEcVTUYrL0SuC7GBaL51YWOS2msf2_4

und Empfehlungen für Regierungen und Zivilgesellschaft heraus, wie wir dem Corona-Virus effektiver begegnen können, indem wir verschiedene Lebenserfahrungen, Risiken und Bedürfnisse unserer Mitmenschen mitbedenken. Der Großteil dieser bis dato veröffentlichten Empfehlungen richtet sich auf Aspekte von Gewalt gegen Frauen. Dies mag der vergleichsweise kurzen Zeit anzurechnen sein, die wir uns mit Covid-19 als weltweite Krankheit befassen – aber auch mit Fragen von Gender-Diversität, körperlicher Diversität und mehr. Wenn wir diese Krise jedoch tatsächlich „zusammen schaffen“ wollen, ist es wichtig alle Menschen mit zu bedenken. Einer von vielen Wegen dahin ist jene in politische Entscheidungsfindungsprozesse einzubeziehen, welche quasi über gelebtes „Insider Wissen“ verfügen. Ein derartig partizipativer Prozess mag angesichts der Dringlichkeit dieser Tage für manche wie eine Idealvorstellung klingen, doch werden wir alle die sozialen, ökonomischen und politischen Konsequenzen zu tragen haben, wenn wir nicht oder mit viel Verspätung anerkennen, dass „zusammen schaffen“ auch bedeutet, die Heterogenität dieses „Zusammens“ anzuerkennen und zu nutzen.

Ziel dieses Kommentars ist deshalb die Heterogenität unserer Gesellschaft ins Bewusstsein zu rufen und dementsprechend den Blick zu schärfen, wie uns diese Krise auf unterschiedlichste Art und Weise betrifft, welche Bedürfnisse wir hier als Individuen und Kollektive haben und vor welchen Herausforderungen wir stehen. Darauf basierend können wir auch unser Verständnis dafür vertiefen, welche politische Strategien es bedarf, damit wir auch von den Effekten einer derartigen Krise nicht auseinanderdividiert werden. So hoffe ich zu eigenen Überlegungen, zu Bewusstsein und Solidarität im Alltag und in der Politik anzuregen, die über kurzweiligen Aktionismus hinausgehen und an strukturellen und kulturellen Ungleichheiten ansetzt.

Corona, nämlich, mag Hautfarbe oder Klasse nicht kennen - wir Menschen, die Gesetze und Verordnungen, welche derzeit verabschiedet werden und die Narrative in gesellschaftlichen Räumen aber schon. Deshalb der Appell, marginalisierte Menschen und Held*innen von heute nicht

¹³ <https://bettercarenetwork.org/sites/default/files/2020-03/vawg-helpdesk-284-covid-19-and-vawg.pdf>

¹⁴ <http://www.edf-fehp.org/newsroom/news/open-letter-leaders-eu-and-eu-countries-covid-19-disability-inclusive-response>

nur via Instagram, Kirchenglocken oder Applaus aus dem Balkon wertzuschätzen. Lasst uns auch dann solidarisch sein, wenn es um die Reflexion der eigenen gesellschaftlichen Position geht, um die Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls und um strukturelle Verbesserungen

der Arbeits- und Lebensbedingungen, die genauso auf Sicherheit und Wohlbefinden von uns allen abzielen, wie unsere Politiker*innen es sich in Zeiten von Corona auf die Fahnen schreiben.

Julia Scharinger arbeitet am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung. Sie beschäftigt sich besonders mit Fragen und Möglichkeiten, Frieden und Friedensarbeit inklusiver, nachhaltiger und gerechter zu gestalten.

Austrian Study Centre for Peace and Conflict Resolution (ASPR)

Rochusplatz 1, 7461 Stadtschlaining, Austria

Phone: +43 3355 2498, Fax: +43 3355 2662, E-Mail: aspr@aspr.ac.at

www.aspr.ac.at |  [ASPR_Schlaining](https://twitter.com/ASPR_Schlaining) |  [ASPR.Schlaining](https://www.facebook.com/ASPR.Schlaining)

ASPR Reports & Policy Briefs

www.aspr.ac.at/briefings

www.aspr.ac.at/reports

